



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und
Beschäftigung -

Tagesordnung Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 4. Dezember 2018

Vorlagen-Nr. 18-V-53-0002

Förderung der Ausbildung zur Hebamme und Entbindungspfleger

- Beschluss Nr. 62 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 28.08.2018 .
 - Überweisungsbeschluss Nr. 477 der Stadtverordnetenversammlung vom 08.11.2018 -
-

Beschluss Nr. 104

1 Es wird zur Kenntnis genommen:

- a) Dem Gesundheitsamt wurden im Rahmen der Haushalts- und Finanzberatungen vom 14. und 15.11.2017 für das Jahr 2018 35.000 Euro und für das Jahr 2019 70.000 Euro für die Förderung der Hebammen-Ausbildung zur Verfügung gestellt.
- b) Die Kosten der Ausbildung einer Hebamme oder eines Entbindungspfleger liegen derzeit bei 25.000 Euro pro Ausbildungsjahr, also 75.000 Euro für den gesamten Ausbildungszeitraum in der Hebammenschule in Wiesbaden.
- c) Die Schüler- und Schülerinnenzahl eines Ausbildungskurses in Wiesbaden liegt bei 18. Unter dieser Teilnehmerzahl kommen keine Kurse zustande. Ein „regulärer“ Ausbildungslehrgang ist für Wiesbaden 2020 geplant.
- d) Die derzeitige fachschulische Hebammenausbildung wird aufgrund einer EU-Richtlinie bis zum 18.1.2020 in ein Hochschulstudium überführt. Eine Novellierung des Hebammengesetzes durch den Bund ist dafür erforderlich.
- e) Ein Projekt zur Förderung der Ausbildungskapazitäten inklusive der dazugehörigen Kalkulationen kann erst gestartet werden, wenn die entsprechenden Gesetze und Richtlinien novelliert wurden.

2 Es wird beschlossen:

Das für die Jahre 2018 und 2019 vorhandene Budget im Gesundheitsamt zur Förderung der Ausbildungskapazitäten von Hebammen und Entbindungspflegern wird nicht in das Jahr 2020 übertragen, sondern soll im Jahr 2019 für Maßnahmen eingesetzt werden, die der Kapazitätsausweitung der Ausbildungsförderung von Hebammen und Entbindungspflegern dienlich sind.

(Ziffer 1 antragsgemäß Magistrat 14.08.2018 BP 0591, Ziffer 2 geändert durch Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 04.12.2018, endgültige Beschlussfassung gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0477 vom 08.11.2018)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2018

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2018

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2018

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat I/F und Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister